

Die Nationalitätenverhältnisse in der Provinz Posen im Spiegel der letzten Reichstagswahl vor dem Ersten Weltkrieg (1912)

von

Helmut Neubach

Um die Stärke der Nationalitäten in den ehemaligen preußischen Ostprovinzen festzustellen, werden meistens die Volkszählungen herangezogen.¹ Verhältnismäßig selten wertet man dagegen die Ergebnisse der Reichstagswahlen aus², obwohl sie einen nicht zu übertreffenden politischen Gradmesser darstellen.

Eine besonders große Bedeutung hat die Wahl zum 13. Deutschen Reichstag am 12. Januar 1912 erlangt, weil sie das letzte Plebiszit der männlichen Bevölkerung des Deutschen Reiches vor dem Ersten Weltkrieg

1) Die Volkszählung im Deutschen Reich am 1. Dezember 1910 (Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 240), Berlin 1915. Die Angaben über die Provinz Posen auf S. 187—199; M. Broesicke: Polen und Deutsche im Lichte der Statistik, Berlin 1910 (behandelt noch nicht die Volkszählung von 1910, sondern nur von 1905); ders.: Einiges über Deutsche und Polen nach der Volkszählung von 1910, in: Zs. des Königlich Preußischen Statistischen Landesamtes 52 (1912), S. 87—89; F. Swart: Deutsche und Polen in der Provinz Posen nach der Berufszählung 1907, in: Jb. für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, N. F. 36 (1912), S. 860—880; M. Mitscherlich: Die Ausbreitung der Polen in Preußen, Leipzig 1913; Die Ostgebiete des Deutschen Reiches, hrsg. von G. Rhode, 3. Aufl., Würzburg 1956, S. 54—95. Siehe ferner M. Laubert: Das Nationalitätenverhältnis von Westpreußen und Posen zur Zeit der polnischen Teilungen und vor Kriegsausbruch, in: Volk unter Völkern, hrsg. von K. C. Loesch, Breslau 1925, S. 134—141.

2) F. Specht, P. Schwabe: Die Reichstags-Wahlen von 1867 bis 1907, 2. Aufl., Berlin 1908; E. Bahr: Westpreußens Bevölkerung im Lichte der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung von 1919, in: Westpreußen-Jb. 4 (1954), S. 23—27; ders.: Zu den Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 im Landkreis Kulm, in: 750 Jahre Kulm und Marienwerder (Beiträge zur Geschichte Westpreußens, Bd. 8), Münster 1983, S. 121—146; H. Neubach: Schlesische Geistliche als Reichstagsabgeordnete 1867—1918. Ein Beitrag zur Geschichte der Zentrumspartei und zur Nationalitätenfrage in Oberschlesien, in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 26 (1968), S. 251—278; ders.: Parteien und Politiker in Oberschlesien zur Bismarckzeit, in: Jb. der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 13 (1968), S. 193—231; ders.: Von Franz Ziegler bis Eduard Bernstein. Die Vertreter der Stadt Breslau im Deutschen Reichstag 1871—1918, in: Festschrift für Ludwig Petry, T. 2, Wiesbaden 1969, S. 322—354; ders.: Zu den Reichstagswahlen im Wahlkreis Ratibor/Oberschlesien 1871—1918, in: ZfO 26 (1977), S. 117—122; ders.: Reichstagswahlen 1881 in Westpreußen, in: Westpreußen-Jb. 31 (1981), S. 121—126; ders.: Die Nationalitätenverhältnisse in der Provinz Schlesien im Spiegel der letzten Reichstagswahl vor dem Ersten Weltkrieg (1912), in: Oberschlesisches Jb. 1 (1985), S. 57—83.

3) Die Reichstagswahlen von 1912 (Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 250, H. 1—3), Berlin 1912/13; J. Bertram: Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelminischen Reiches, Düsseldorf 1964.

bildet.³ Während nämlich damals noch die nationalen Minderheiten mitstimmten, enthielten sie sich bei der nächsten Wahl auf Reichsebene, der Wahl zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919, der Stimme, da sie sich nicht mehr als Bürger des Deutschen Reiches ansahen.⁴

Als in jenem Jahr 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz über die Abtretung von Teilen der preußischen Ostprovinzen verhandelt wurde, kamen die Vertreter der Siegermächte mehrmals auf die Reichstagswahl von 1912 zu sprechen, freilich nur auf deren Ergebnisse in jenen Gebieten, in denen Volksabstimmungen stattfinden sollten, also in Oberschlesien sowie in Masuren und in Ermland.⁵ Auf jenes Plebiszit berief sich auch der Oberbürgermeister von Danzig, Heinrich Sahn⁶, als bekannt wurde, daß sogar diese Hansestadt vom Reich abgetrennt werden sollte. Jenes Wahlergebnis, so sagte er, sei ein „Beweis für die deutsche Bevölkerung“ Danzigs, da die Polen nicht einmal 2 v. H. der Stimmen erhalten hätten.⁷ Ebenfalls 1919 erschien ein später auch ins Englische, Französische und Italienische übersetztes Flugblatt mit dem Titel: „Ist Oberschlesien polnisch? Die deutschsprechende Bevölkerung nach der Volkszählung vom Jahre 1910 und die abgegebenen polnischen Stimmen bei der Reichstagswahl im Jahre 1912“.⁸

In der Geschichtsschreibung hat jene wichtige Reichstagswahl — jedenfalls soweit sie die ehemaligen preußischen Ostprovinzen betrifft — bisher kaum einen Niederschlag gefunden.⁹ Im folgenden soll untersucht werden, wie hoch im Jahre 1912 der Anteil der beiden Nationalitäten in der Provinz Posen gewesen ist und welche Abgeordnete sie im 13. Reichstag (1912—1918) vertreten haben.¹⁰

4) Hillgers Handbuch der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung 1919, Berlin 1919, S. 12 u. 160; Bahr, Westpreußens Bevölkerung (wie Anm. 2); H. Neubach: Die schlesischen Sozialdemokraten in der Weimarer Nationalversammlung, in: Schlesien 21 (1976), S. 20—24; ders.: Die Vertreter der Provinz Posen in der Weimarer Nationalversammlung 1919/20, in: Jb. Weichsel-Warthe 25 (1979), S. 71—76; H.-L. Abmeier: Die schlesischen Abgeordneten in der Weimarer Nationalversammlung, in: Für unser Schlesien. Festschrift für Herbert Hupka, hrsg. von H. Neubach und H.-L. Abmeier, München 1985, S. 255—272.

5) Deutschland und das Recht auf Selbstbestimmung nach dem Ersten Weltkrieg. Probleme der Volksabstimmungen im Osten (1918—1922), in Verbindung mit H. Neubach und H.-W. Rautenberg hrsg. von R. Breyer, Bonn 1985, S. 96—98 u. 101.

6) U. Sahn: Heinrich Sahn, in: Altpreußische Biographie 2, Marburg 1967, S. 582.

7) Aus dem Ostlande 14 (1919), S. 120.

8) Vorhanden in der Bibliothek des J. G. Herder-Instituts, Marburg.

9) Bertram (wie Anm. 3), S. 83—93 u. ö.; K. Forstreuter: Ost- und Westpreußen, in: Geschichte der deutschen Länder, „Territorien-Ploetz“, Bd. 2, hrsg. von G. W. Sante und A. G. Ploetz-Verlag, Würzburg 1971, S. 90—117, s. S. 102; W. Kohte: Das Posener Land, ebenda, S. 158—185, s. S. 176; Neubach, Nationalitätenverhältnisse Schlesien (wie Anm. 2).

10) Von polnischen Historikern ist über die Reichstagswahlen in der Provinz Posen schon recht ausführlich gearbeitet worden. Z. Hemmerling: Posłowie

In der Provinz Posen¹¹ wohnten im Jahre 1910 2 099 867 Personen¹². Der gleichnamige Regierungsbezirk war mit 1 335 884 Einwohnern wesentlich größer als der Bromberger, der 763 983 zählte.

Diese unterschiedliche Größe spiegelte sich auch in der Anzahl der Wahlkreise wieder. Der Regierungsbezirk Posen wies zehn auf, der Regierungsbezirk Bromberg dagegen nur die Hälfte. Im Gegensatz zu den heutigen Bundestagswahlkreisen waren die Reichstagswahlkreise längst nicht annähernd gleich groß. Der weitaus größte, nämlich Posen-Stadt, zählte über 45 800 und war damit dreimal so groß wie Fraustadt-Lissa (14 200) und Krotoschin (14 300).¹³

Zehn Wahlkreise befanden sich seit 1867/1871 durchgehend in polnischer Hand.¹⁴ Die Deutschen dagegen konnten nur in zweien stets das Mandat gewinnen, und zwar in Meseritz-Bomst und in Czarnikau, in zwei weiteren fast immer, nämlich in Bromberg-Stadt (außer 1893) sowie in Fraustadt-Lissa (außer 1881 und 1893). Heiß umkämpft war der Wahlkreis

polscy w parlamencie Rzeszy niemieckiej i Sejmie pruskim 1907—1914 [Die polnischen Abgeordneten im Deutschen Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus 1907—1914], Warschau 1968, s. S. 96—104; J. Wojciak: Walka polityczna w wyborach do parlamentu Rzeszy i sejmowi pruskiego w Poznańskim w latach 1898—1914 [Der politische Kampf bei den Wahlen zum Reichstag und zum Preußischen Abgeordnetenhaus im Posener Land in den Jahren 1898—1914], Warschau 1981, s. S. 121—147.

11) Eine ausführliche und zufriedenstellende Geschichte der Provinz Posen gibt es noch nicht. Verwiesen sei auf einige Veröffentlichungen, die Teilaspekte behandeln: Handbuch für die Provinz Posen, 2. Ausg., Posen 1905; Die deutsche Ostmark, hrsg. vom Deutschen Ostmarkenverein, Lissa 1913; A. Warschauer: Deutsche Kulturarbeit im Osten. Erinnerungen aus vier Jahrzehnten, Berlin 1926; Geschichte der Stadt Posen, hrsg. von G. Rhode, Neuendettelsau 1953 (mit ausführlichen Schrifttumshinweisen); A. Rhode: Geschichte der Evangelischen Kirche im Posener Lande, Würzburg 1956; Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815—1945, Reihe A: Preußen, hrsg. von W. Hubatsch, Bd. 2, T. I: Provinz (Großherzogtum) Posen, bearb. von D. Stüttgen, T. II: Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, bearb. von W. Hubatsch, Marburg 1975.

12) Die Bevölkerung der Reichstagswahlkreise und deren Bestandteile am 1. Dezember 1910, in: Die Volkszählung (wie Anm. 1), S. 71—73.

13) Die Reichstagswahlen (wie Anm. 3), H. 1, S. 14 u. 16. Noch krassere Unterschiede in der Größe der Wahlkreise gab es in Oberschlesien, in Brandenburg, im Rheinland und in Westfalen. Der Wahlkreis Kattowitz z. B. war sechseinhalbmal so groß wie der niederschlesische Wahlkreis Löwenberg. Wegen einer Großen Anfrage einiger Abgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei zwecks Einführung der Verhältniswahl und Umgestaltung der Wahlkreise befaßte sich die Reichsregierung im Frühjahr 1917 mit einer Wahlkreisreform, die jedoch wegen des Krieges nicht mehr verwirklicht werden konnte. (Schreiben des Innenministers Friedrich v. Loebell vom 19. 6. 1917 an Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn: Deutschland 125, Nr. 3, Bd. 26).

14) M. Schwarz: MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, S. 159—163. Wegen Hunderten von Fehlern und Ungenauigkeiten ist dieses Werk nur mit größter Vorsicht auszuwerten. Über die Verteilung der Mandate im Norddeutschen Reichstag vgl. H. Neubach: Posener Vertreter im Norddeutschen Reichstag (1867—1870), in: Jb. Weichsel-Warthe 16 (1970), S. 95—99.

Wirszitz-Schubin, den die Deutschen vor 1912 neunmal und die Polen siebenmal erobern konnten.¹⁵

Angesichts des Nationalitätenkampfes in der „Ostmark“¹⁶ versuchten die deutschen Parteien ihre politischen Meinungsverschiedenheiten — wenigstens nach außen hin — auf ein Minimum zu reduzieren. Gegenüber den fast ausschließlich geschlossen auftretenden Polen konnten sie sich mehrere Kandidaturen nicht leisten, sondern sahen sich vielmehr dringend veranlaßt, Einigkeit zu demonstrieren. Mitte November 1911, also etwa acht Wochen vor dem Wahltermin, schlossen in Posen die vereinigten Konservativen¹⁷, die Fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberale Partei „für die nächsten Reichs- und Landtagswahlen einschließlich einer Neuwahl im Falle der Auflösung des Reichstags“ ein Wahlabkommen, in dem sie sich „bei der Unterstützung ihrer Kandidaten gegenseitige Wahlhilfe zusagten“. Allerdings wurde im Reichstagswahlkreis Wirszitz-Schubin die Aufstellung des Kandidaten der Nationalliberalen Partei „überlassen“.¹⁸

Unklar war bis Anfang Januar 1912, welche Wahlaussage das Zentrum, die Partei der deutschen Katholiken, treffen würde. Am 5. (oder 4.) Januar erließ dann der „Wahlverband der deutschen Katholiken in der Provinz Posen“ sowie der „Verband der Vereine deutscher Katholiken im Osten“ folgenden Aufruf: „Nachdem in der Provinz Posen die Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen eine Vereinbarung über die Aufstellung und Unterstützung gemeinschaftlicher deutscher Kandidaten abgeschlossen haben, fordern wir im Interesse der deutschen Sache die katholischen deutschen Wähler auf, nur dem gemeinschaftlichen deutschen Kandidaten die Stimme zu geben. In keinem Falle darf eine deutsche Stimme für einen polnischen Kandidaten abgegeben werden.“¹⁹

Das Verhältnis der Zentrumspartei zu den Polen war seit dem Zusammenbruch des Bülowblocks²⁰ ohnehin recht kühl geworden. Unter Reichs-

15) Schwarz, S. 162.

16) Ein kurzer Überblick über den „Nationalitätenkampf in Posen-Westpreußen“ bei G. Rhode: Geschichte Polens. Ein Überblick, 3. verb. Aufl., Darmstadt 1980, S. 427—428; C. Fink: Der Kampf um die Ostmark, Berlin 1897 (etwas polemisch, trotzdem informativ); J. Altkemper: Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung, Leipzig 1910; L. Bernhard: Die Polenfrage. Der Nationalitätenkampf der Polen in Preußen, 3. Aufl., Leipzig 1920, M. Laubert: Die preußische Polenpolitik von 1772 bis 1914, 3. Aufl., Krakau 1944.

17) Gemeint sind die Konservative Partei (genauer: Deutschkonservative Partei) und die Reichspartei, die sich im Preußischen Abgeordnetenhaus „Freikonservative Partei“ nannte.

18) Bertram (wie Anm. 3), S. 90.

19) „Frankfurter Zeitung“ vom 6. 1. 1912, Nr. 5, 3. Morgenbl. (Sperrung im Original).

20) Beim Bülowblock handelt es sich um die Koalition der früheren Kartellparteien (Deutschkonservative Partei, Reichspartei und Nationalliberale Partei) mit der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei in den Jahren 1907—09.

kanzler Theobald v. Bethmann Hollweg machte diese katholische Partei nun nämlich gemeinsame Sache mit den Konservativen.²¹ Darum wollten die Polen, wie eine ihrer Zeitungen schrieb, „bei den kommenden Wahlen nicht mehr auf den Leim der katholischen Losungsworte hereinfliegen, sondern überall so stimmen, wie es ihr nationales Interesse erfordert“.²²

Auf polnischer Seite wurden die Wahlvorbereitungen allein von Posen aus gelenkt, wo im Jahre 1903 ein Zentralwahlausschuß eingerichtet worden war, zu dessen Hauptaufgabe die Aufstellung aller polnischen Kandidaten zählte, also auch derjenigen für Westpreußen, für Ermland, für Schlesien sowie der für die „polnische Diaspora“ im Ruhrgebiet und in der Reichshauptstadt. Gewiß gab es auch bei den Polen unterschiedliche Gruppierungen, hauptsächlich eine konservative und eine nationaldemokratische, doch besaß bei allen Auseinandersetzungen das Gebot der Einigkeit gegenüber dem nationalen Gegner den absoluten Vorrang.²³

a) Regierungsbezirk Posen

Von den 253 328 wahlberechtigten Männern gaben 213 944 ihre Stimme ab, also 84,4 v. H. 213 243 Stimmen waren gültig.

Ihren höchsten Stimmenanteil nicht nur im Regierungsbezirk, sondern in der ganzen Provinz Posen erzielten die Polen im Wahlkreis Schrimm-Schroda, in dem der bisherige Abgeordnete, der Posener Augenarzt Dr. Felicjan²⁴ Niegolewski²⁵ kandidierte. Er konnte 14 485 von 18 559 abgegebenen gültigen Stimmen, also 78 v. H., auf sich vereinigen. Landesökonomierat William Bernhard v. Guenther, ein Bruder des späteren Oberpräsidenten von Schlesien, Hans v. Guenther²⁶, aus Grzybno,

21) Altkemper (wie Anm. 16), Kap. „Zentrum und Polen“, S. 201—215. Wenige Tage vor dem Wahltermin ließ das Zentrum verlauten, daß es in den Wahlkreisen Samter-Birnbaum-Obornik, Meseritz-Bomst und Czarnikau-Kolmar die Konservative Partei und im Wahlkreis Bromberg die Reichspartei unterstützen werde. („Frankfurter Zeitung“ vom 8. 1. 1912, Nr. 7, Abendbl., u. vom 11. 1. 1912, Nr. 10, 2. Morgenbl.). „Seit der Reichstagswahl vom 12. 1. 1912 zeigt sich eine Abkehr des Zentrums von den Polen...“ (Cardinal v. Widder: Das „schlafende Heer“ der Polen. Die Bekämpfung Preußens und des Deutschtums durch die Polen in Posen und Westpreußen seit 1815, Berlin, Lissa 1912, S. 9). „Zwischen Zentrum und Polen sind die alten freundschaftlichen Beziehungen gründlich getrübt worden, seit die Polen immer selbständigere Wege einschlagen und auch bei den Wahlen immer öfter mit dem Zentrum zusammenstoßen.“ („Frankfurter Zeitung“ vom 1. 10. 1912, Nr. 272, 1. Morgenbl.).

22) „Lech“ zitiert (ohne Datumsangabe) nach Bertram (wie Anm. 3), S. 95.

23) Ebenda, S. 94. Das Posener Zentralwahlkomitee stellte die polnische Kandidatenliste erst am 2. 1. 1912 auf. („Germania“ vom 6. 1. 1912, Nr. 4, 1. Bl.).

24) Die Vornamen der polnischen Abgeordneten werden in der Regel in der Schreibweise der Reichstagshandbücher angegeben.

25) F. v. Niegolewski (1868—1919) gehörte seit dem 6. 2. 1909 dem Reichstag und seit 1903 dem Preussischen Abgeordnetenhaus an. Vgl. Reichstags-Handbuch 1912, S. 328; Z. Kaczmarek: Felicjan Niegolewski, in: Polski Słownik Biograficzny [Polnisches Biographisches Wörterbuch] 22 (1977), S. 758 f.

26) H. Neubach: Die Oberpräsidenten von Schlesien 1869—1919, in: Die preussischen Oberpräsidenten 1815—1945, hrsg. von K. Schwabe, Boppard 1985, S. 119—135, dort S. 131 f.

Kreis Schrimm, erreichte für die von dem schlesischen Grafen Eduard v. Bethusy-Huc²⁷ gegründete Reichspartei 4024 Stimmen oder 21,7 v. H. Ein weiteres Extrem bot dieser Wahlkreis für die Sozialdemokraten: Ihr Kandidat Adalbert Śremski²⁸, Redakteur in Posen, erzielte lediglich 40 Stimmen oder 0,2 v. H. — so wenig wie keiner seiner Parteifreunde.

Ähnliche Stimmenanteile gab es im Wahlkreis Wreschen-Pleschen, in dem der Posener Rechtsanwalt Wladislaus Seyda²⁹ mit 14 820 oder 77,2 v. H. der 19 193 abgegebenen gültigen Stimmen zum zweiten Male das Reichstagsmandat gewann, während der konservative Rittergutsbesitzer Wilhelm Kirschstein³⁰ aus Groß Lubin, Kreis Jarotschin, der spätere letzte Posener Regierungspräsident, 4231 Stimmen bzw. 22,1 v. H. erreichte. Der Sozialdemokrat Adalbert Śremski gewann 102 Stimmen oder 0,5 v. H., immerhin zweieinhalbmal soviel wie in Schrimm-Schroda.

Keiner der polnischen Abgeordneten gehörte so lange — und dazu noch für ein und denselben Wahlkreis, nämlich Adelnau-Schildberg — dem Reichstag an wie Ferdinand Fürst Radziwill³¹ aus Antonin, Kreis Adelnau. Als er 1918 ausschied, konnte er auf eine 44jährige parlamentarische Tätigkeit in Berlin zurückblicken. Der Fürst erhielt 17 860 oder 74,4 v. H. der 24 002 Stimmen, also das Dreifache dessen, was sein deutscher Gegenkandidat, der Landtagsabgeordnete und Landgerichtspräsident Karl Viereck³² aus Ostrowo mit 5921 Stimmen oder 24,7 v. H. auf sich vereinigen konnte. Der Breslauer Gewerkschaftssekretär Rösler holte für die SPD 211 Stimmen bzw. 0,9 v. H.

Nur 0,8 v. H. geringer war der Anteil der Polen im Wahlkreis Buk-Kosten, in welchem dem im Kreis Lissa geborenen Rentier Franz Morawski³³ mit 17 138 oder 73,6 v. H. mühelos ebenfalls das Mandat zu-

27) H. Neubach: Eduard v. Bethusy-Huc, in: Schlesische Lebensbilder 5, hrsg. von H. Neubach und L. Petry, Würzburg 1968, S. 137—147.

28) Adalbert Śremski, geb. 1862 in Posen, war gelernter Buchdrucker. Vgl. W. Matull: Ostdeutschlands Arbeiterbewegung, Würzburg 1973, S. 496.

29) Wladislaus Seyda, geb. 1863 in Lobsens, Kreis Wirsitz, gehörte dem Reichstag seit 1907 an. Vgl. Reichstags-Handbuch 1912, S. 373.

30) Wilhelm Kirschstein war seit dem 1. 7. 1917 im Amt. Vgl. Grundriß (wie Anm. 11), S. 22.

31) Ferdinand Fürst Radziwill (1834—1926) gehörte als erbliches Mitglied seit 1897 auch dem Preußischen Herrenhaus an. Vgl. Reichstags-Handbuch 1912, S. 346; Handbuch für das Preußische Herrenhaus 1911, S. 350.

32) Karl Viereck (1853—1916) gehörte mit einer kurzen Unterbrechung (1906) seit 1903 für den Wahlkreis Filehne-Czarnikau-Kolmar dem Preußischen Abgeordnetenhaus an. Vgl. Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1914, S. 436.

33) Franz Morawski-Dzierżykraj (1868—1938) gehörte seit dem 8. 11. 1910 dem Reichstag und seit 1913 für Neutomischel-Grätz-Schmiegel-Kosten auch dem Preußischen Abgeordnetenhaus an. Vgl. Reichstags-Handbuch 1912, S. 323—324; A. Galos: Franciszek Morawski, in: Polski Słownik Biograficzny 21 (1976), S. 716—717. Unter dem Eindruck des Enteignungsgesetzes (G. Rhode, Geschichte Polens [wie Anm. 16], S. 423) verfaßte er die Broschüre „Der kommende Tag. Erwägungen über die Neuordnung des Bodenbesitzes in Deutschland“

fiel. Mit 5918 Stimmen erzielte der konservative Rittergutsbesitzer Kurt Schwartzkopff³⁴ aus Rose, Kreis Neutomischel, nur ein gutes Viertel (25,4 v. H.) der gültigen Stimmen. Für die Nationalliberalen trat der Mannheimer Reichstagsabgeordnete Ernst Bassermann³⁵, der 137 Stimmen bzw. 0,6 v. H. erreichte, lediglich als Zählkandidat auf. Nur 77 Stimmen (0,3 v. H.) konnte der schon erwähnte sozialdemokratische Redakteur Adalbert Śremski aus Posen auf sich vereinigen.

Eine Ausnahme bildete der Wahlkreis Krotoschin-Koschmin deshalb, weil sich die Polen hier gleich zwei Kandidaten leisteten: Der Posener Arzt Dr. Anton Chłapowski³⁶ kandidierte für die Nationaldemokraten und der Gutsbesitzer Lipski aus Gorzno, Kreis Strasburg, für die Konservativen. Beide erreichten zusammen 8521 oder 69,8 v. H. (Chłapowski 5141 und Lipski 3380). Der Krotoschiner Justizrat Hampel gewann für die Reichspartei 3573 Stimmen bzw. 29,3 v. H. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte, war eine Stichwahl notwendig, in der bei etwas geringerer Wahlbeteiligung (12 080 Stimmen) Dr. Chłapowski mit 8364 Stimmen oder 69,2 v. H. das Mandat gewann, während Hampel mit 3716 Stimmen oder 30,8 v. H. zwar unterlag, sein Ergebnis gegenüber der Hauptwahl jedoch geringfügig verbessern konnte.

Nur etwas geringer als in Krotoschin-Koschmin war der Anteil der polnischen Stimmen im Wahlkreis Kröben-Gostyn-Rawitsch, wo dem Posener Prälaten Anton Stychel, einem der 16 polnischen Geistlichen im Deutschen Reichstag³⁷, mit 10 274 bzw. 69 v. H. der 14 881 abgegebenen gültigen Stimmen ebenfalls mühelos das Mandat zufiel. Der konservative Rittergutsbesitzer Reinecke³⁸ aus Gußwitz, Kreis Rawitsch, er-

(Posen 1909, 29 S., vorhanden in der „Bücherei des deutschen Ostens“, Herne).

34) Der Kandidat war ein Bruder des Posener Oberpräsidenten Philipp Schwartzkopff (1858—1914). Vgl. Leipziger „Illustrierte Zeitung“ vom 4. 6. 1914, Nr. 3701, S. 1223 u. 1234; Niekammers Güteradreßbücher, Bd. 6: Provinz Posen, Stettin 1907, S. 64 f.

35) Th. Eschenburg: Ernst Bassermann, in: Neue Deutsche Biographie (NDB) 1 (1953), S. 623.

36) Dr. med. Antonin Chłapowski, geb. 1855 im Kreis Wongrowitz, war Badearzt in Bad Landeck und Kolberg, später in Zoppot. Vgl. Reichstags-Handbuch 1912, S. 227.

37) H. Neubach: Polnische Geistliche im Deutschen Reichstag 1871—1918, in: Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen (Festschrift für Gotthold Rhode), hrsg. von U. Haustein, G. W. Strobel und G. Wagner, Stuttgart 1981, S. 266—282; über Stychel S. 276—277. Stychel war Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine des Erzbistums Gnesen-Posen.

38) Zu Wilhelm Reinecke vgl. Niekammers Güteradreßbücher, Bd. 6 (wie Anm. 34), S. 100 f. Nicht zu verwechseln mit dem Ansiedler Heinrich Reineke (1868—1945) in Schlehen, Kreis Posen-West, der im Januar 1919 für die Deutsche Demokratische Partei in der Provinz Posen (Wahlkreis 8) in die Weimarer Nationalversammlung gewählt wurde. Vgl. Handbuch der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung 1919, S. 238. Heinrich Reineke kandidierte bei der Reichstagswahl 1912 im niederschlesischen Wahlkreis Guhrau-Steinau vergeblich für die Nationalliberalen. Vgl. Die Reichstagswahlen (wie Anm. 3), H. 2, S. 86.

rang 4022 Stimmen oder 27 v. H. Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Paul Stoessel³⁹ aus Bromberg, der lediglich 575 bzw. 3,9 v. H. auf sich vereinigen konnte, wurde im Januar 1919 im Wahlkreis Posen in die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung gewählt.

Einen „Riviera-Wahlkreis“ nannte man einen solchen Wahlkreis, dessen Kandidat „seines Sieges so sicher war, daß er den Wahlkampf zum Urlaub an südlichen Gestaden benutzen konnte“.⁴⁰ Zu solchen „Riviera-Wahlkreisen“ zählte in der Provinz Posen außer den bisher genannten sechs auch Posen (Stadt und Land), wo dem bisherigen Mandatar (seit 1910), dem polnischen Gewerkschaftsvorsitzenden Stanislaus Nowicki⁴¹, mit 20 062 oder 53,9 v. H. von 37 246 gültigen Stimmen das Mandat wieder mühelos zufiel. Allerdings verzeichnete kein Wahlkreis der ganzen Provinz gegenüber der Reichstagswahl von 1907 eine so starke Abnahme der polnischen Stimmen, die damals 61,2 v. H. betragen hatten. Oberlandesgerichtsrat Karl Martell⁴² von der Fortschrittlichen Volkspartei erzielte als deutscher Kompromißkandidat 13 594 Stimmen, also 36,5 v. H. (1907 hatte der nationalliberale Kandidat 34,8 v. H. erhalten, was also eine Zunahme der deutschen Stimmen um 1,7 v. H. bedeutet.) Um 5,6 v. H. stiegen die Sozialdemokraten an, für die der Posener Tischler Taddäus Matuszewski^{42a} 3578 Stimmen oder 9,6 v. H. holte (1907: 4 v. H.). Gegenüber anderen ostdeutschen Provinzhauptstädten fiel dieses Ergebnis recht schwach aus: In Königsberg gewannen die Sozialdemokraten 51,7, in Stettin 51,6 und in Breslau sogar 53,8 bzw. 58 v. H.⁴³

Der achte polnische „Riviera-Wahlkreis“ im Regierungsbezirk Posen war Samter-Birnbaum-Obornik, wo der Abstand zu dem deutschen Gegenkandidaten allerdings nur noch 9 v. H. betrug. Das Man-

39) Paul Stoessel, 1871 in Bromberg geboren, gelernter Tapezierer, war seit 1903 hauptamtlich in der Bromberger Gewerkschaftsbewegung tätig. Vgl. Handbuch der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung 1919, S. 104. Er erwarb sich 1918/19 große Verdienste um die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit in Bromberg und Umgebung. Vgl. Matull (wie Anm. 28), S. 510; D. Vogt (†): Der Großpolnische Aufstand 1918/19, mit einer Einführung von G. Rhode, Marburg/Lahn 1980, S. 35.

40) Bertram (wie Anm. 3), S. 25.

41) Nowicki (1870—1948) war gelernter Buchdrucker, später Vorsitzender einer Handwerkervereinigung. Vgl. Reichstags-Handbuch 1912, S. 329—330; J. Pietrzak: Stanisław Nowicki, in: Polski Słownik Biograficzny 23 (1978), S. 337 f.

42) Karl Martell war mehrere Jahre stellvertretender Vorsitzender der „Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen“. Vgl. R. Prümers: Die Historische Gesellschaft für die Provinz Posen, in: Historische Monatsblätter für die Provinz Posen (bzw. für Großpolen) 21 (1921), S. 99—113, hier S. 100. — Ein gutes Urteil über K. Martell bei A. Warschauer: Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark, Berlin 1926, S. 205. — Den Hinweis auf Martells Tätigkeit in der Historischen Gesellschaft verdanke ich Herrn Prof. Dr. Gotthold Rhode, Mainz.

42a) T. Matuszewski gehörte im November 1918 dem Vollzugsausschuß des Posener Arbeiter- und Soldatenrates an. Vgl. Vogt (wie Anm. 39), S. 31.

43) Neubach, Von Franz Ziegler bis Eduard Bernstein (wie Anm. 2), S. 352.

dat fiel mit 15 857 oder 52,7 v. H. von 30 112 gültigen Stimmen dem Grafen Matthias Mielżyński⁴⁴ aus Köbnitz, Kreis Samter, zu, der gleichfalls in Oberschlesien kandidierte und dort ebenfalls gewählt wurde.⁴⁵ Er verzichtete jedoch auf den in Pleß-Rybnik gewonnenen Parlamentssitz und nahm den Posener an, den er allerdings schon kaum zwei Jahre später wegen Ermordung seiner Ehefrau und seines Neffen niederlegen mußte.⁴⁶ Der deutsche Gutsbesitzer v. Haza-Radlitz^{46a} aus Lewitz, Kreis Birnbaum, erreichte für die Konservative Partei 13 164 bzw. 43,7 v. H. und der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Wilhelm August Schulz⁴⁷ aus Posen lediglich 1084 Stimmen (3,6 v. H.).

Stets deutsche Abgeordnete hatte bisher der Wahlkreis Meseritz-Bomst in den Reichstag geschickt. Diesmal gewann der konservative Kandidat, der Berliner Oberverwaltungsgerichtsrat Kuno Graf Westarp⁴⁸, in Ludom, Kreis Obornik, geboren, mit 11 549 von 21 429 Stimmen oder 53,9 v. H. das Mandat, während der polnische Oberlehrer Dr. v. Kerwaski aus Posen 8809 Stimmen oder 41,1 v. H. auf sich vereinigen konnte. Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Gustav Studzies aus Posen erzielte lediglich 454 Stimmen (2,1 v. H.). Unter Bruch des Wahlabkommens der deutschen Parteien hatte sich hier der auch in den eigenen Reihen

44) Graf Matthias Mielżyński (1869—1944) war 1918—21 in Oberschlesien einer der polnischen Hauptagitatoren. Vgl. Reichstags-Handbuch 1912, S. 322—323. F. Szymiczek: Maciej Mielżyński, in: Polski Słownik Biograficzny 20 (1975), S. 790—791; Śląski Słownik Biograficzny 1 (1977), S. 179—181.

45) Graf Mielżyński ertappte in der Nacht zum 20. 12. 1913 seine Frau und seinen Neffen in flagranti und erschoss beide. Zwar wurde er vom Gericht freigesprochen, doch mußte er das Reichstagsmandat niederlegen. Siehe Szymiczek (wie Anm. 44), S. 790.

46) Neubach, Nationalitätenverhältnisse Schlesien (wie Anm. 2), S. 70—71; H. Neubach: Die Abstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921, in: Deutschland und das Recht auf Selbstbestimmung (wie Anm. 5), S. 92—129, s. S. 118.

46a) Zu Albert v. Haza-Radlitz vgl. Niekamers Güteradreßbücher, Bd. 6 (wie Anm. 34), S. 60 f.; Vogt (wie Anm. 39), S. 80.

47) Matull (wie Anm. 28), S. 499—500 u. ö.

48) Kuno Graf Westarp (1864—1945) war 1893—1900 Landrat des Kreises Bomst, anschließend des Kreises Randow/Pommern, 1903—1908 Polizeipräsident in (Berlin-)Schöneberg und 1908—1920 Oberverwaltungsgerichtsrat in Berlin. Er gehörte seit 1908 dem Reichstag an und leitete seit 1912 die Fraktion. Als extrem konservativer Politiker verteidigte Graf Westarp das ungerechte Dreiklassenwahlrecht und trat während des Ersten Weltkrieges für Annexionen und gegen einen Verständigungsfrieden ein. 1920—1930 gehörte er wieder dem Reichstag an und führte 1925—1929 die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei, deren Vorsitzender er 1926—1928 war. Vgl. Reichstags-Handbuch 1912, S. 404—405; 1920, S. 353; F. Everling: Graf Westarp, in: Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart rechtsstehender Parteien, hrsg. von H. v. Arnim u. G. Below, Berlin 1925, S. 453—458; O. Graf zu Stolberg-Wernigerode: Die unentschiedene Generation. Deutschlands konservative Führungsschichten am Vorabend des Ersten Weltkrieges, München, Wien 1968, S. 321—215, 222 f., 225 f. u. ö.; K. Graf Westarp: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Bd. 1, Berlin 1935, S. 186—187 (über die Reichstagswahl 1912).

sehr umstrittene schlesische Graf Hans v. Oppersdorff⁴⁹ als Zählkandidat der Zentrumsparlei aufstellen lassen, die 1907 7,8 v. H. erreicht hatte. Immerhin machten die 81 Stimmen, die er erhielt, 0,4 v. H. aus. Hätte auch die antisemitische Reformparlei⁵⁰, die sonst in keinem anderen Wahlkreis der Provinz Posen kandidierte, auf eine Teilnahme an der Wahl verzichtet — für sie erzielte der Berliner Zeitungsverleger Otto Großmann⁵¹ 514 Stimmen oder 2,4 v. H. —, wären dem deutschen Hauptkandidaten Graf Westarp höchstwahrscheinlich 2,8 v. H. mehr Stimmen zugeflossen.

Den geringsten Stimmenanteil aller Wahlkreise des Regierungsbezirkes Posen erreichten die Polen in Fraustadt-Lissa. Bei der letzten Reichstagswahl (1907) hatten sie „nur“ 27,8 v. H. bekommen, das Zentrum 16,4 und die Sozialdemokraten 4,6. Das Mandat war an die Reichspartei gefallen, dessen Kandidat Max Kolbe⁵² 51,2 v. H. hatte gewinnen können. Der Wahlkreis war mit Ausnahme von 1881 und 1893 stets von den Deutschen erobert worden. Während der Sieger von 1907 ein unauffälliger und unbekannter Politiker blieb, sorgte der reichlich umstrittene oberschlesische Graf Oppersdorff dafür, daß bei der Reichstagswahl des Jahres 1912 kein Wahlkreis der Provinz Posen soviel Aufsehen erregte wie Fraustadt-Lissa. Wegen seiner dauernden „Quertreibereien“⁵³ wollte die Zentrumsparlei ihm überhaupt keine Kandidatur mehr verschaffen. Aus dem niederschlesischen „Riviera-Wahlkreis“ Glatz-Habelschwerdt drängte sie ihn hinaus und stellte an seiner Stelle den Landgerichtspräsidenten Josef Sperlich⁵⁴ auf. Mit Hilfe der Polen, zu denen er über seine Frau Doro-

49) Hans Graf v. Oppersdorff (1866—1948) war einer der umstrittensten Zentrumspolitiker seiner Zeit. Bis etwa um die Jahrhundertwende hielt er sich an die Richtlinien der Partei. Auf dem 46. Deutschen Katholikentag wurde er zum 1. Vizepräsidenten gewählt. (Historisches Archiv der Stadt Köln: Nachlaß Karl Bachem, Fasz. Katholikenversammlung Neisse.) In mehreren landwirtschaftlichen Vereinen Schlesiens bekleidete er Führungsämter. Als Majorats Herr in Oberglogau/OS wurde er 1897 ins Herrenhaus berufen. Vgl. Reichstags-Handbuch 1912, S. 331; Handbuch für das Preußische Herrenhaus 1911, S. 346; W. Loth: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984, S. 191 u. ö.

50) Diese Splitterparlei gewann 1903 und 1907 je sechs, 1912 dagegen nur noch drei Reichstagsmandate. Vgl. D. Fricke: Deutsche Reformparlei (DRP) 1900—1914, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, hrsg. von D. Fricke u. a., Bd. 2, Köln 1984, S. 63—66.

51) „Frankfurter Zeitung“ vom 6. 1. 1912, Nr. 5, 3. Morgenbl.

52) Dr. phil. Max Kolbe, geboren 1859 im niederschlesischen Kreis Steinau, war seit 1905 Provinzialschulrat in Danzig. Vgl. Kürschners Reichstags-Handbuch 1907, S. 76.

53) Zu Graf Oppersdorff und anderen „Quertreibern“ und „Nörglern“ im Zentrum vgl. K. Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumsparlei, Bd. 7, Köln 1930, S. 244—249.

54) Josef Sperlich (1845—1914), geboren im Kreis Grottkau, hatte schon 1890—1893 den Wahlkreis Glatz-Habelschwerdt im Reichstag vertreten. Dem Preußischen Abgeordnetenhaus gehörte er 1885—1893 für Tarnowitz-Beuthen-Hindenburg-Kattowitz an. Vgl. Reichstags-Handbuch 1914, S. 379. Sperlich hat „in den letzten Lebensjahren Windthorst als dessen persönlicher Adjutant fungiert“. (Bachem, [wie Anm. 53], Bd. 5, Köln 1928, S. 29.)

thea Radziwiłł⁵⁵ ausgezeichnete Beziehungen unterhielt, vermochte sich der ehrgeizige Jesuitenzögling⁵⁶ die Kandidatur in Fraustadt-Lissa zu verschaffen.

Diese Eigenmächtigkeit des Grafen Oppersdorff, dessen Familie im politischen wie wirtschaftlichen Leben Oberschlesiens eine nicht geringe Rolle spielte⁵⁷, verunsicherte verständlicherweise die Zentrumswähler dieses Wahlkreises. Anfang Januar 1912 wandte sich darum der Vorsitzende des nationalen Wahlvereins der deutschen Katholiken in Lissa an „den Zentrumsführer“ Georg v. Hertling⁵⁸ in München mit der Anfrage, ob der Graf in ihrem Wahlkreis so eigenmächtig kandidieren dürfe. Wenige Tage vor der Hauptwahl antwortete Hertling, „daß die Aufstellung des Grafen Oppersdorff im Interesse der Einigkeit der Partei nicht erwünscht sei“.⁵⁹ Es spricht für eine auch durch diesen Brief nicht bereinigte Unsicherheit in Fraustadt-Lissa, daß derselbe Vorsitzende dieselbe Frage kurz darauf wiederholte. Hertling antwortete lapidar: „Ich halte meine Stellungnahme aufrecht.“⁶⁰ Wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ am Tag vor der Hauptwahl aus Lissa meldete, habe diese zweite Nachricht des Zentrumsführers „in die heutige Oppersdorff-Versammlung ... wie eine Bombe eingeschlagen“.⁶¹

In der mit großer Spannung erwarteten Hauptwahl am 12. Januar eroberte der fortschrittliche Posener Stadtrat Karl Löhning mit 6115 von 12 334 gültigen Stimmen oder 49,6 v. H. zwar den 1. Platz, doch fehlten

55) Graf Oppersdorff heiratete am 27. 4. 1895 in Rom Dorothea Prinzessin Radziwiłł, die Tochter des Prinzen Matthias Radziwiłł und der Gräfin Maria Krasińska. Der Graf, der zu Beginn der zwanziger Jahre die polnische Staatsangehörigkeit erwarb, und seine Frau starben im französischen Wallfahrtsort Lourdes und wurden dort auch begraben. Vgl. W. H. Graf Oppersdorff: Chronik, Status, Wappen und Devise der Grafen von Oppersdorff, Frankfurt/Main 1963, S. 32.

56) Graf Oppersdorff hatte ebenso wie zahlreiche Söhne des katholischen Adels Schlesiens — auch drei des späteren Reichstagspräsidenten Graf Baltestrem — das Jesuitenkolleg „Stella matutina“ in Feldkirch/Vorarlberg besucht (1880—1885).

57) Sein Großvater Eduard (1800—1889) gehörte von August 1867 bis Februar 1873 und sein Vater Hans (1832—1877) von Februar bis April 1867 dem Reichstag an, beide für den Wahlkreis Neustadt/OS und beide als Mitglieder der Reichspartei. Nach Gründung der Zentrumsparlei wechselte Graf Hans senior im Gegensatz zu manchen anderen katholischen Adligen nicht zu ihr über. Wohl größtenteils auf Druck der katholischen Wähler legte er am 28. 2. 1873 sein Mandat nieder. Vgl. Neubach, Parteien und Politiker (wie Anm. 2), S. 196 u. 210.

58) E. Deuerlein: Georg v. Hertling, in: NDB 8 (1969), S. 702—704. Der Nachlaß Hertlings befindet sich im Bundesarchiv zu Koblenz. Bd. 40 enthält einen Brief des polnischen Reichstagsabgeordneten Graf Mielżyński vom 13. 2. 1918, in dem er den Reichskanzler dringend um ein baldiges Gespräch über die deutschen-polnischen Beziehungen und die Zukunft Polens bittet. Ein Entwurf oder ein Durchschlag eines Antwortschreibens ist in den Akten nicht zu finden.

59) „Frankfurter Zeitung“ vom 9. 1. 1912, Nr. 8, Abendbl.

60) „Frankfurter Zeitung“ vom 12. 1. 1912, Nr. 11, 3. Morgenbl.

61) Ebenda.

ihm für das Mandat 51 Stimmen (0,5 v. H.). Graf Oppersdorff erhielt 3087 Stimmen oder genau 25 v. H. Der polnische Gutsbesitzer Stefan Ponikiewski⁶² aus Drobnin, Kreis Lissa, kam auf 2781 Stimmen oder 22,6 v. H. und der Breslauer Gewerkschaftssekretär Grunow auf 346 Stimmen oder 2,8 v. H.

Bei der erforderlichen Stichwahl am 24. Januar, an der sich 13 113 Wähler beteiligten — also 779 mehr als bei der Hauptwahl —, offenbarte sich wieder einmal die Uneinigkeit der deutschen Parteien. Während die Polen den ihnen „weit entgegenkommenden und von der Zentralleitung seiner eigenen Partei desavouierten Zentrumsman“⁶³ wählten, gaben ihm wohl auch zahlreiche Mitglieder des „Bundes der Landwirte“⁶⁴ ihre Stimme, insbesondere sicher deswegen, weil er seit 1900 Präsident des Schlesischen Bauernvereins war. Folgendes Telegramm des Direktors dieses Bundes, Dr. Diedrich Hahn, Berlin, dürfte dem schlesischen Grafen eine große Wahlhilfe gewesen sein: „Können von keinem Bündler⁶⁵ verlangen, Freisinnigen zu wählen, zumal gegen alten Bauernführer, dem ich nur herzlichst wünschen kann, daß er dem neuen Reichstag wieder angehört.“⁶⁶ Graf Oppersdorff siegte knapp: Er erhielt 51,1 und Löhning 48,9 v. H. der Stimmen.

Mit großer Enttäuschung und bitteren Vorwürfen gegen den schlesischen Grafen und den Bund der Landwirte wegen des gebrochenen Wahlabkommens reagierte nicht nur die liberale Presse. Der „Bund“ trage die „Hauptschuld an der deutschen Niederlage“, schrieb die „Posener Zeitung“. Er habe einen Mann unterstützt, „der namentlich seit der Hauptwahl in skrupellosester Weise gearbeitet, bezahlte wüste Agitatoren auf den Wahlkreis losgelassen und an konfessioneller Verhetzung, an jesuitischer Verdrehung, an persönlichen Beschimpfungen des Kandidaten und des Liberalismus alles weit hinter sich gelassen hat, was je die Ostmark erlebt“ habe.⁶⁷

Ende Januar 1912 ging durch die Presse die Meldung, Graf Oppersdorff sei im Reichstag der polnischen Fraktion beigetreten. Im „Lissaer Anzeiger“ veröffentlichte er daraufhin als Dementi folgenden Satz: „Ich war,

62) K. M o r a w s k i : Stefan Ponikiewski, in: Polski Słownik Biograficzny 27 (1983), S. 494—495.

63) „Frankfurter Zeitung“ vom 26. 1. 1912, Nr. 25, Abendbl.

64) Dem 1893 gegründeten „Bund der Landwirte“ gehörten hauptsächlich ostelbische Großgrundbesitzer an. 1914 zählte er rund 330 000 Mitglieder. Der Bund suchte in allen bürgerlichen Parteien Kandidaten durchzusetzen, die seine Ziele verfolgten, z. B. den Kampf gegen den Mittellandkanal und die Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts. Vgl. H. J. P u h l e : Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus 1893—1914. Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Stuttgart 1966, S. 38.

65) Mitglied des „Bundes der Landwirte“.

66) „Frankfurter Zeitung“ vom 27. 1. 1912, Nr. 26, 2. Morgenbl.

67) Ebenda. — Das Zentrum stellte den Grafen Oppersdorff auch als Zählkandidaten in allen sechs Berliner Wahlkreisen auf. Vgl. „Germania“ vom 12. 1. 1912, Nr. 8, 1. Bl.; Die Reichstagswahlen (wie Anm. 3), S. 84.

bin und bleibe Zentrumsmann, und zwar allen Mameluckenmärchen zum Trotz deutscher Zentrumsmann.“⁶⁸

Zur Verbreitung seiner Ansichten gründete der finanzkräfte oberschlesische Graf noch im selben Monat Januar die Wochenschrift „Klarheit und Wahrheit“, in der er seine heftigen Angriffe gegen die Führung seiner Partei, zu der er sich merkwürdigerweise nach wie vor offen bekannte, in scharfer, schier schamloser Weise fortsetzte. Dem Zentrum wurde Opersdorff zu einem wachsenden Ballast, so daß es sich schließlich genötigt sah, sich seiner zu entledigen. Auf der Generalversammlung der Schlesischen Zentrumspartei am 27. September 1912 in Beuthen wurde dieses „enfant terrible“ einstimmig aus der Partei ausgeschlossen.⁶⁹ Der Graf gehörte nun als Fraktionsloser dem Reichstag an, glaubte aber nach wie vor, die Grundsätze seiner alten Partei zu vertreten, was er dadurch kundtat, daß er seine Ansichten als „Zentrumsprogramm“ ausgab.⁷⁰

Als Zusammenfassung folgt hier eine Übersicht über die Stimmenanteile der beiden Nationalitäten und der Sozialdemokraten in den einzelnen Wahlkreisen des Regierungsbezirks Posen (jeweils bei der Hauptwahl) in v. H.:

Wahlkreis	Polen	Deutsche	Sozialdemokraten
1. Schrimm-Schroda	78,0	21,7	0,2
2. Wreschen-Pleschen	77,2	22,1	0,5
3. Adelnau-Schildberg	74,4	24,7	0,9
4. Buk-Kosten	73,6	26,0	0,3
5. Krotoschin-Koschmin	69,8	29,3	0,9
6. Kröben-Gostyn-Rawitsch	69,0	27,0	3,9
7. Posen (Stadt und Land)	53,9	36,5	9,6
8. Samter-Birnbaum-Obornik	52,7	43,7	3,6
9. Meseritz-Bomst	41,1	56,7	2,1
10. Fraustadt-Lissa	22,6	74,6	2,8

Die Parteien erzielten folgende Anteile:

1. Polen	61,3
2. Deutschkonservative Partei	18,2
3. Reichspartei	6,3
4. Fortschrittliche Volkspartei	9,2
5. Sozialdemokraten	3,1
6. Zentrumspartei	1,5
7. Deutsche Reformpartei	0,2
8. Nationalliberale Partei	0,1
zersplittert	0,1

100

68) „Frankfurter Zeitung“ vom 31. 1. 1912, Nr. 30, Abendbl.; Dementi erwähnt auch in der „Germania“ vom 1. 2. 1912, Nr. 25, 2. Abendbl.

69) „Frankfurter Zeitung“ vom 1. 10. 1912, Nr. 272, 1. Morgenbl.; H. Heit-

Rechnet man die Anteile der deutschen Parteien zusammen, ergibt sich folgendes Bild:

1. Polen	61,3
2. deutsche Parteien	35,5
3. Sozialdemokraten	3,1

Vergleicht man dieses Ergebnis mit demjenigen der Reichstagswahl von 1907⁷¹, so ergibt sich für die Polen ein Minus von 1,6, für die Deutschen ein Minus von 0,1 und für die Sozialdemokraten ein Plus von 1,7.

Die Wahlkreise des Regierungsbezirks Posen wurden in der 13. Legislaturperiode des Deutschen Reichstags (1912—1918) durch folgende Abgeordnete vertreten (in der Reihenfolge der amtlichen Wahlstatistik):

1. Posen (Stadt und Land)	Stanislaus Nowicki	Pole
2. Samter-Birnbaum-Obornik	Matthias Graf Mielżyński, seit 1914: Joseph Klos ^{71a}	Pole
3. Meseritz-Bomst	Kuno Graf Westarp	Kons.Partei
4. Buk-Kosten	Franz Morawski-Dzierzykraj	Pole
5. Kröben-Gostyn-Rawitsch	Anton Stychel	Pole
6. Fraustadt-Lissa	Hans Graf Oppersdorff	Zentrum
7. Schrimm-Schroda	Felicjan Niegolewski	Pole
8. Wreschen-Pleschen	Wladyslaus Seyda	Pole
9. Krotoschin-Koschmin	Antonin Chłapowski	Pole
10. Adelnau-Schildberg	Ferdinand Fürst Radziwiłł	Pole

b) Regierungsbezirk Bromberg

Einen so aufsehenerregenden Wahlkampf wie im Wahlkreis Fraustadt-Lissa gab es im Regierungsbezirk Bromberg⁷² nicht. Mit Ausnahme der Stichwahl im Wahlkreis Czarnikau-Kolmar verliefen die Wahlvorbereitungen hier ohne große Spannung und ohne Überraschungen.

Von den 146 061 Wahlberechtigten dieses Bezirks beteiligten sich 130 237 Männer an der Wahl, also 89,2 v. H. Die Wahlbeteiligung lag hier somit um 4,8 v. H. höher als im Bezirk Posen. 129 557 Stimmen waren gültig.⁷³

z e r : Georg Kardinal Kopp und der Gewerkschaftsstreit 1900—1914, Köln, Wien 1983, S. 80.

70) B a c h e m (wie Anm. 53), S. 383.

71) Die Wahlergebnisse von 1907 sind enthalten in: Statistik, Bd. 250 (wie Anm. 3), H. 1.

71a) Da Graf Mielżyński sein Mandat niederlegen mußte (vgl. Anm. 45), war eine Ersatzwahl nötig, aus der der Posener Prälat Joseph Klos (1870—1938) als Sieger hervorging. Vgl. C. Lechnicki: Josef Klos, in: Polski Słownik Biograficzny 13 (1967/68), S. 69 f.; Neubach, Polnische Geistliche (wie Anm. 37), S. 282.

72) Th. G e y : Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg 1871—1920, Köln, Berlin 1976.

73) Wie Anm. 1, S. 68.

Da der Anteil der deutschen Bevölkerung hier wesentlich größer als im Bezirk Posen war, gab es nur zwei „Riviera-Wahlkreise“, und zwar Hohensalza-Mogilno-Strelno und Gnesen-Wongrowitz. Auch waren die Wahlkreise hier nicht so unterschiedlich groß. Zahlenmäßig an der Spitze stand Czarnikau-Kolmar mit 32 558 Wahlberechtigten, während Wirsitz-Schubin mit 25 236 Wahlberechtigten der kleinste war.

Im Wahlkreis Hohensalza-Mogilno-Strelno ging der Anteil der polnischen Stimmen gegenüber 1907 um 1,5 v. H. von 66,6 auf 65,1 v. H. zurück. Dem Posener Rechtsanwalt und Notar Adalbert v. Trąpczyński⁷⁴ fiel das Mandat mit 17 320 von 26 615 Stimmen mühelos zu. Sein konservativer Gegenkandidat, der Kammerherr Freiherr v. Schlichting aus Wierzbiczany, Kreis Hohensalza, erzielte 9043 Stimmen oder 34 v. H., während der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Bruno Budzinski⁷⁵ aus Posen lediglich 232 Stimmen oder 0,8 v. H. auf sich vereinigen konnte.

Ähnlich groß war der Anteil der polnischen Stimmen im Wahlkreis Gnesen-Wongrowitz, wo der Fabrik- und Rittergutsbesitzer Leo v. Grabski⁷⁶ mit 16 174 von 25 046 abgegebenen gültigen Stimmen oder 64,6 v. H. ebenso mühelos das Mandat gewann. Für die Konservative Partei holte der Gnesener Landrat Dr. Ludwig Dionysius⁷⁷ immerhin 7752 oder 31 v. H., während der Tischler Taddäus Matuszewski mit 78 Stimmen bzw. 0,3 v. H. den geringsten sozialdemokratischen Anteil im ganzen Regierungsbezirk erhielt. Auffallend ist die Tatsache, daß in diesem überwiegend polnischen Wahlkreis noch ein zweiter deutscher Kandidat auftrat, und zwar der Ansiedler Harte aus Neu-Tecklenburg, Kreis Gnesen, der für den Deutschen Bauernbund⁷⁸ immerhin 1035 Stimmen oder 4,1 v. H. auf sich vereinigen konnte. Da der Bauernbund in Opposition zum deutschen Großgrundbesitz stand, der seiner Meinung nach durch die Ost-

74) Trąpczyński (1860—1953), geboren im Kreis Gnesen, gehörte 1910—1918 für Schrimm-Schroda-Wreschen auch dem Abgeordnetenhaus an. Vgl. Reichstags-Handbuch 1912, S. 391; Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1914, S. 434—435, dort die Bemerkung „Spezialstudium: preußische Schul- und Ansiedlungspolitik“ (S. 435).

75) Bruno Budzinski, 1865 in Posen geboren, war Gauleiter des Zimmererverbandes. Vgl. Matull (wie Anm. 28), S. 496.

76) Leo v. Grabski (1853—1918), im Kreis Wreschen geboren, war Besitzer einer Zuckerfabrik in Gnesen. Vgl. Z. Grot: Leon Grabski, in: Polski Słownik Biograficzny 8 (1948/58), S. 518.

77) Dr. iur. Ludwig Dionysius, 1868 im Kreis Gnesen geboren, hatte schon 1907 vergeblich gegen Grabski kandidiert. Seit 1908 gehörte er für Gnesen-Witkowo dem Abgeordnetenhaus an. Vgl. Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1908, S. 372. Dionysius war 1904—1919 Landrat des Kreises Gnesen. Vgl. Grundriß Posen (wie Anm. 11), S. 87.

78) Der Deutsche Bauernbund wurde am 30. 6. 1909 in Berlin hauptsächlich von Ansiedlern aus der Provinz Posen gegründet, die mit der Politik des Bundes der Landwirte nicht zufrieden waren. Sie vertraten die Ansicht, daß die preußische Regierung einseitig die Großgrundbesitzer begünstige. Vgl. G. Müller, H. Schwab: Deutscher Bauernbund (DB) 1909—1927, in: Lexikon zur Parteiengeschichte (wie Anm. 50), S. 33—41.

markenpolitik der preußischen Regierung ungerechtfertigt begünstigt wurde, ist anzunehmen, daß der Kandidat Harte fast ausschließlich die Stimmen der deutschen Ansiedler des Wahlkreises, jedoch keine Stimmen von Polen, erhalten hat. Die für ihn abgegebenen sind übrigens denen des deutschen Hauptkandidaten hinzuzuzählen, so daß der deutsche Anteil somit mit 35,1 v. H. anzusetzen ist.

Nicht mehr zu den todsicheren polnischen Wahlkreisen, sondern zu den umkämpften zählte *Wirwitz-Schubin*, den die Deutschen neunmal und die Polen siebenmal erobert hatten. Dem Wahlabkommen der deutschen Parteien zufolge nahm dieser Wahlkreis insofern eine Sonderstellung ein, als hier die Aufstellung eines Kandidaten allein der National-liberalen Partei „überlassen“ wurde.⁷⁹ Sie holte sich ihn auswärts, und zwar in Oberschlesien⁸⁰, in Dr. Hans Voltz⁸¹, dem Generalsekretär des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins. Er hatte 1904—1908 für den Wahlkreis Tarnowitz-Beuthen dem Preußischen Abgeordnetenhaus angehört.⁸² Dr. Voltz erreichte mit 11 552 von 24 032 Stimmen oder 48,1 v. H. jedoch nur den 2. Platz. Das Mandat gewann Propst Joseph Kurzawski⁸³ aus Pakosch, Kreis Mogilno, einer der 16 polnischen Geistlichen im Reichstag⁸⁴. Der Bromberger Parteisekretär Lepitz erzielte für die Sozialdemokraten lediglich 360 oder 1,5 v. H.

Auch wenn sich die deutschen Parteien in ihrem Wahlabkommen „gegenseitige Wahlhilfe zugesagt“ hatten⁸⁵, ließ das Zentrum zusätzlich in der Presse verkünden, daß es im Wahlkreis Bromberg den Kandidaten der Reichspartei, Georg Schultz⁸⁶, unterstützen werde.⁸⁷ Der Brom-

79) Bertram (wie Anm. 3), S. 90.

80) Über die starken personellen Wechselbeziehungen zwischen den Provinzen Schlesien und Posen gibt es bisher kaum Schrifttum. So wie Voltz kandidierten auffallend viele Schlesier in Posener Wahlkreisen, und auch der Anteil schlesischer Verwaltungsbeamter war dort verhältnismäßig groß. Siehe H. Neubach: Schlesier in der Provinz Posen, in: Jb. Weichsel-Warthe 14 (1968), S. 108—110. Auch auf dem kirchlichen Sektor gab es rege Wechselbeziehungen. Vgl. Ders.: Schlesische Kandidaten für den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen-Posen, in: Beiträge zur schlesischen Kirchengeschichte. Gedenkschrift für Kurt Engelbert, hrsg. von B. Stasiewski, Köln, Wien 1969, S. 452—473. Zu polnischen „Sendboten“ aus der Provinz Posen in Oberschlesien s. Laubert, Polenpolitik (wie Anm. 16), S. 196.

81) Dr. Hans Voltz (1861—1916) war seit 1887 Generalsekretär des genannten Vereins. Vgl. A. Perlick: Oberschlesische Berg- und Hüttenleute, Kitzingen/Main 1953, S. 209 u. 283.

82) Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1904—08, 2. Nachtrag, Berlin 1908, S. 97.

83) Propst Joseph Kurzawski (1870—1925), im Kreis Schildberg geboren, war Mitarbeiter an theologischen Fachzeitschriften in deutscher und polnischer Sprache. Vgl. Reichstags-Handbuch 1912, S. 304; A. Galos: Joseph Kurzawski, in: Polski Słownik Biograficzny 16 (1971), S. 294—295.

84) Neubach, Polnische Geistliche (wie Anm. 37), S. 280—281.

85) Bertram (wie Anm. 3), S. 90.

86) Georg Schultz, 1860 im Kreis Bromberg geboren, gehörte als Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei für die Provinz Posen (Wahlkreis 8) auch der

berger Landgerichtsrat, der im November 1910 zum 2. Vizepräsidenten des Reichstags gewählt worden war, gewann das Bromberger Mandat schon zum zweiten Male, und zwar auch diesmal mit dem besten Ergebnis, das ein deutscher Kandidat in einer Hauptwahl je in der ganzen Provinz erzielen konnte, nämlich mit 58,4 v. H. (15 596 von 26 690 Stimmen.) Der Bromberger Arzt Dr. Piskorski erreichte für die Polen 8115 Stimmen oder 30,4 v. H., der Bromberger Gewerkschaftssekretär Paul Stoessel, der gleichzeitig im Wahlkreis Kröben-Gostyn-Rawitsch kandidierte, 2968 oder 11,1 v. H. — ebenfalls das beste Ergebnis, das die Sozialdemokraten in der gesamten Provinz zu erreichen vermochten.

Weil der Wahlkreis Czarnikau-Kolmar⁸⁸ bisher stets den Deutschen zugefallen war, glaubten diese, sich hier eine Doppelkandidatur leisten zu können. Die Deutschkonservative Partei, die 1907 das Mandat gleich in der Hauptwahl gewonnen hatte, erhoffte sich dasselbe Ergebnis, zumal es mit der Unterstützung des Zentrums rechnen konnte.⁸⁹ Doch erreichte der Gutsbesitzer Emil Ritter⁹⁰ aus Stieglitz, Kreis Czarnikau, der diesen Wahlkreis seit einer Nachwahl im Juli 1908 vertrat, mit 12 148 von 27 174 Stimmen oder 44,7 v. H. zwar den größten Anteil, nicht aber die erforderliche absolute Mehrheit. Die Nationalliberalen stellten den Posener Landgerichtsdirektor Ehrenberg auf, der 5184 oder 19,1 v. H. erhielt. Auffallend hoch war auch hier der Anteil der Sozialdemokraten, für die der Posener Verbandssekretär Wilhelm August Schulz, der gleichzeitig in Samter-Birnbaum-Obornik kandidierte, 2754 Stimmen oder 10,1 v. H. erzielte. Der polnische Rittergutsbesitzer Graf Bnin-Bninski⁹¹ aus Pietronke, Kreis Kolmar, kam mit 7052 Stimmen oder 26 v. H. auf den 2. Platz. Diesen behielt er auch in der erforderlichen Stichwahl, in der ihn Emil Ritter mit 66,8 gegenüber 33,2 v. H. besiegte.

Hier folgt eine Übersicht über die Stimmenanteile der beiden Nationalitäten und der Sozialdemokraten in den Wahlkreisen des Regierungsbezirks Bromberg (jeweils bei der Hauptwahl) in v. H.:

Weimarer Nationalversammlung an, danach von Juni 1920 bis September 1930 ebenso dem Reichstag. Vgl. Reichstags-Handbuch, IV. Wahlperiode, Berlin 1928, S. 220; E. Domrowski: Georg Schultz-Bromberg, ein konservativer Abgeordneter im Deutschen Reichstag, in: Westpreußen-Jb. 30 (1980), S. 127—131.

87) „Frankfurter Zeitung“ vom 11. 1. 1912, Nr. 10, 2. Morgenbl.

88) Die Stadt Chodziesen wurde im Jahre 1877 nach dem früheren Landrat und Posener Polizeipräsidenten Axel v. Colmar in Kolmar umbenannt. Vgl. H. Neubach: Axel von Colmar, Landrat in Chodziesen, in: Jb.-Weichsel-Warthe 23 (1977), S. 129—131.

89) „Frankfurter Zeitung“ vom 8. 1. 1912, Nr. 7, Abendbl.

90) Emil Ritter (1858—1914), geboren im Kreis Kolmar, gehörte auch dem Posener Provinziallandtag an. Vgl. Deutsches Biographisches Jb. 1 (1914—1916), Berlin 1919, S. 307.

91) Zu Ignaz Graf Bnin-Bninski vgl. Niekamers Güteradreibücher, Bd. 6 (wie Anm. 34), S. 198 f.

	Polen	Deutsche	Sozialdemokraten
1. Hohensalza-Mogilno-Strelno	65,1	34,0	0,8
2. Gnesen-Wongrowitz	64,6	35,1	0,3
3. Wirsitz-Schubin	50,4	48,1	1,5
4. Bromberg (Stadt und Land)	30,4	58,4	11,1
5. Czarnikau-Kolmar	26,0	63,8	10,1

Die Parteien erzielten folgende Anteile:

1. Polen	46,9
2. Deutschkonservative Partei	22,4
3. Nationalliberale Partei	12,9
4. Reichspartei	12,0
5. Sozialdemokraten	4,9
6. Deutscher Bauernbund zersplittert	0,8 0,1
	100

Rechnet man die Anteile der deutschen Parteien zusammen, ergibt sich folgendes Bild:

1. Polen	46,9
2. deutsche Parteien	48,1
3. Sozialdemokraten	4,9

Im Vergleich zur Reichstagswahl des Jahres 1907 ergibt sich für beide Nationalitäten ein Minus: für die Polen von 1,5 und für die Deutschen von 0,7 v. H. Die Sozialdemokraten dagegen nahmen um 2,1 v. H. zu.

Die fünf Wahlkreise des Regierungsbezirks Bromberg wurden während der 13. Legislaturperiode des Deutschen Reichstags (1912—1918) durch folgende Abgeordnete vertreten (in der Reihenfolge der amtlichen Wahlstatistik):

1. Czarnikau-Kolmar	Emil Ritter, ⁹² seit 1914: G. Roesicke ⁹³	Konservat. Partei
2. Wirsitz-Schubin	Joseph Kurzawski	Pole
3. Bromberg (Stadt und Land)	Georg Schultz	Reichspartei
4. Hohensalza-Mogilno-Strelno	Adalbert Trąmpczyński	Pole
5. Gnesen-Wongrowitz	Leo Grabski ⁹⁴	Pole

92) Da Emil Ritter am 7. 10. 1914 starb, war eine Ersatzwahl nötig, aus der am 18. 12. 1914 Gustav Roesicke als Sieger hervorging.

93) Dr. iur. Gustav Roesicke (1856—1924), seit 1893 Vorsitzender des Bundes der Landwirte, gehörte seit März 1913 für den Wahlkreis Flatow-Deutsch Krone dem Preußischen Abgeordnetenhaus an. Im Januar 1919 wurde er als Kandidat der Deutschnationalen Volkspartei für den Wahlkreis Westpreußen in die Weimarer Nationalversammlung gewählt. Vgl. Reichstags-Handbuch 1920, S. 311 f.

94) Leo Grabski starb am 10. 10. 1918, also wenige Wochen vor dem Ende der 13. Legislaturperiode. Eine Ersatzwahl fand nicht mehr statt.

Rechnet man die Stimmenergebnisse auf die gesamte Provinz um, erhält man die folgende Tabelle:

	1907	1912	Differenz
Polen	57,5	55,8	- 1,3
deutsche Parteien	40,5	40,3	- 0,2
Sozialdemokraten	1,9	3,8	+ 1,9

Die Frage ist nun, ob die sozialdemokratischen Stimmen einer der beiden nationalen Gruppierungen zuzurechnen sind und wenn ja welcher. Dabei gilt es zu beachten, daß es in der Provinz Posen gleich zwei sozialistische Parteien gab, und zwar die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Polnische Sozialistische Partei (Polska Partia Socjalistyczna = PPS).⁹⁵ Während die SPD mehr die internationale Komponente betonte, stellten die polnischen Sozialisten das nationale Anliegen aller Polen in den Vordergrund, d. h. die Wiedergeburt und Unabhängigkeit des polnischen Staates. Diese nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheit führte zu jahrelang sich hinziehenden Streitigkeiten, bis sich die PPS auf ihrem 3. Parteitag in Preußen Ende April 1897 „vollends von der SPD löste“.⁹⁶ Die PPS verlor immer mehr an Bedeutung, was auch die Mitgliederstärke der beiden sozialistischen Parteien in der Provinz beweist. Im Jahre 1912 — also im Jahre der Reichstagswahl — zählte die SPD 1235 Mitglieder, die PPS dagegen nur 50. Zwei Jahre später gab es überhaupt keine PPS-Mitglieder in der Provinz Posen mehr.⁹⁷ Die polnische Arbeiterschaft versagte dieser Partei die Gefolgschaft und „hing den nationalistischen polnischen Gruppierungen an“⁹⁸, d. h. sie wählte bei den politischen Wahlen fast ausschließlich die nationalen Kandidaten.

Es ist nach der Jahrhundertwende auch keine Stichwahl bekannt, bei der sich die Sozialdemokraten in der Provinz Posen für den polnischen Kandidaten entschieden haben. Bei der Stichwahl in Fraustadt-Lissa 1912 z. B. stimmten sie für den fortschrittlichen Kandidaten und nicht für den Grafen Oppersdorff, der die Stimmen der Polen auf sich vereinigen konnte.⁹⁹ Bei Beachtung dieser Belege dürfte sich das Wahlergebnis zugunsten der Deutschen verschieben. Rechnet man die sozialdemokratischen Stimmen den deutschen zu, ergibt sich für die Provinz ein prozentuales Verhältnis von maximal 44,1 zu 55,8. Im Regierungsbezirk Bromberg erhalten demnach die Deutschen sogar die absolute Mehrheit: 53,0 zu 46,9.

95) B. Danilczuk: *Działalność SPD i PPS zaboru pruskiego w Poznańskim w latach 1891—1914* [Die Tätigkeit der SPD und der PPS des preußischen Teilungsgebietes im Posener Lande in den Jahren 1891—1914], Thorn 1962.

96) O. Heike: *Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835—1945*, Dortmund 1969, S. 40.

97) Ebenda, S. 42.

98) Wie Anm. 96.

99) „Frankfurter Zeitung“ vom 25. 1. 1912, Nr. 24, 2. Morgenbl. Das Wahlergebnis kommentiert aus sozialdemokratischer Sicht E. Caspari: *Die Reichstagswahlen in Posen*, in: *Die Neue Zeit* 30/I (1912), S. 791—796.

Ganz besonders wirkt sich die Zuordnung der sozialdemokratischen Stimmen zu den deutschen im Raum Bromberg aus, wo die SPD verhältnismäßig stark war¹⁰⁰: Der Anteil der Deutschen würde dann im Wahlkreis Bromberg 69,5 und im Wahlkreis Czarnikau-Kolmar sogar 73,9 v. H. betragen haben.¹⁰¹

Obwohl also im Regierungsbezirk Bromberg der Prozentsatz der deutschen Stimmen über 50 v. H. lag, zogen für ihn drei polnische und nur zwei deutsche Abgeordnete in den Reichstag ein. Die ganze Provinz wurde bei einem Stimmenverhältnis von 55,8 zu 44,1 im Parlament von elf Polen und nur vier Deutschen vertreten. Auf Grund des ungerechten Mehrheitswahlrechtes spiegelt die Mandatsverteilung somit nicht das wirkliche Nationalitätenverhältnis wieder.

Übrigens ergibt sich aus dem Wahlergebnis von 1912 ein höherer prozentualer Anteil der Deutschen, als ihn Manfred L a u b e r t für das Jahr 1910 mit 38,7 v. H. berechnet hat.¹⁰² Freilich ist zu bedenken, daß sich seine Berechnung auf die gesamte Bevölkerung erstreckte, während sich (vor 1919) an einer Reichstagswahl nur Männer über 21 Jahre beteiligen konnten.

Gemäß dem Versailler Vertrag wurde 1919 der größere Teil der Provinz Posen, und zwar 26 042 qkm mit (1910) 1 946 461 Einwohnern, an den neu-erstandenen polnischen Staat abgetreten. 2220 qkm mit 105 624 Einwohnern blieben bei Deutschland.¹⁰³ Die Abtretung erfolgte ohne Abstimmung. Das war ein Bruch des von Präsident Wilson verkündeten Selbstbestimmungsrechtes der Völker.¹⁰⁴ Zumindest im „Netzedistrikt“ zwischen Czarnikau und Bromberg hätte sich bei einem Plebiszit — legt man das Ergebnis der Reichstagswahl von 1912 zugrunde — eine deutliche Mehrheit für den Verbleib beim Deutschen Reich ergeben.

100) Daß die Führung der Sozialdemokraten in der Provinz Posen zumindest seit der Jahrhundertwende in den Händen der SPD gelegen hat, beweisen Paul Stoessel, ein geborener Bromberger, und Wilhelm August Schulz, ein geborener Potsdamer. Beide waren zuerst in Posen und dann in Bromberg für ihre Partei tätig, und beide wurden im Januar 1919 im Wahlkreis Posen für die SPD in die Weimarer Nationalversammlung sowie in die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung gewählt. Stoessel, der nur das Landtagsmandat annahm, hatte vorher in den Wochen des Umsturzes seit dem 9. 11. 1918 den Bromberger Arbeiterrat geleitet und sich große Verdienste um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der Stadt Bromberg und Umgebung erworben. Vgl. M a t u l l (wie Anm. 28), S. 500—503 u. 509—511; G e y (wie Anm. 72), S. 214, 216 u. 226.

101) Auffallend ist dann jedoch, daß bei der Stichwahl in Czarnikau-Kolmar — wenn auch bei schwächerer Wahlbeteiligung — der deutsche Kandidat „nur“ 66,8 v. H. — also 7,1 v. H. weniger erhalten hat.

102) L a u b e r t, Das Nationalitätenverhältnis (wie Anm. 1), S. 140.

103) K o h t e (wie Anm. 9), S. 178; G. R h o d e: Das Deutschtum in Posen und Pommerellen in der Zeit der Weimarer Republik, in: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik (Studien zum Deutschtum im Osten, H. 3), Köln, Graz 1966, S. 88—132, hier S. 94

104) Vgl. dazu allgemein: Deutschland und das Recht auf Selbstbestimmung nach dem Ersten Weltkrieg (wie Anm. 5).

Summary

The Relation between the Nationalities in the Province of Posen as Reflected in the Last Election of the Reichstag before World War I (1912)

The election of the Reichstag on 12 January 1912 is the last plebiscite of the male population of the German Reich before World War I. Because of the unfair majority suffrage, the Province of Posen, divided into 15 electoral districts, sent eleven Polish and four German deputies into the Parliament of the Reich. The share of votes of the Poles amounted to 55,9 p. c., that of the German parties 40,3 p. c. and that of the Social Democrats 3,8 p. c. As the Social Democrats in the Province of Posen for the most part sided with the Germans, their share was about 44 p. c. While in the central, eastern and southern parts of the Province the Poles reached the absolute majority, it fell to the Germans in the western and northern parts. In the *Netzedistrikt* (Bromberg, Kolmar, Czarnikau) they gained 60 or even 70 p. c. of the votes. The fact that in the Treaty of Versailles also this region had to be ceded to Poland without a plebiscite, can be regarded as a breach of the right of self-determination, which the American President Wilson had proclaimed.